

## Termine

Tag der offenen Tür im Abgeordnetenhaus von Berlin  
29. Mai, 11.00 - 18.00 Uhr, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

Diskussionsveranstaltung der SPD Lichtenberg "Die Verkehrssituation im Südosten Berlins" mit der Senatorin für Stadtentwicklung, Ingeborg Junge-Reyer  
01. Juni, 19.00 Uhr, Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112

Onlinekonferenz "Gut und sicher leben" am 02. Juni, 12.00-14.00 Uhr im Rahmen ihrer Zukunftswerkstatt erstmals eine Onlinekonferenz. Olaf Scholz, Elke Ferner und Hubertus Heil beantworten online Fragen.  
[www.onlinekonferenz.spd.de](http://www.onlinekonferenz.spd.de)

Ideenkonferenz der SPD Berlin zum Thema: "Neue Industrialisierung - Nachhaltiges Arbeiten und Wirtschaften"  
05. Juni, 09.30 Uhr, IHK - Ludwig Erhard Haus, Fasanenstraße 85, 10623 Berlin

Bundestagsfraktion vor Ort: Bürgerversicherung versus Kopfpauschale, Diskussion mit Karl Lauterbach, MdB  
09. Juni, 19.00 Uhr, Centrovital, Brauereihof 6, Neuendorfer Str. 25, 13585 Berlin

Zukunft statt Schwarz-Gelb - Mitgliederforum der SPD Berlin mit Frank-Walter Steinmeier und Michael Müller  
10. Juni, 19.30 Uhr, Auditorium der Bayer Schering Pharma AG, Müllerstr. 178, 13353 Berlin

KDV der SPD Lichtenberg  
12. Juni, 9.30 Uhr, CSW, Landsberger Allee 225, 13055 Berlin

Landesparteitag der SPD Berlin u.a. mit Sigmar Gabriel  
26. Juni, ab 9.00 Uhr im bcc, Alexanderplatz

## KDV wählte neuen Kreisvorstand



Die von den Abteilungen im Februar und März neu gewählten Kreisdelegierten kamen am 24. April zur Kreisdelegiertenversammlung (KDV) auf dem Gelände der Trabrennbahn zusammen. Schwerpunkt der KDV war die turnusmäßige Neuwahl des Kreisvorstandes.

Dabei wurde Andreas Geisel als Kreisvorsitzender im Amt bestätigt. Stellvertretende Kreisvorsitzende sind weiterhin Karin Seidel-Kalmutzki und neu Gregor Költzsch, der sich gegen Christian Kind durchsetzte. Unterstützt werden sie durch die Kassiererin Claudia Wiebusch und Henning Fahrenberg als Schriftführer.

Dem Kreisvorstand gehören weiterhin auf Beschluss der KDV 8 Beisitzerinnen und Beisitzer an. Das sind: Blashka Brechel, Jutta Feige, Jutta Griep, Christian Kind, Sandy Kliemann, Dirk Liebe, Christian Paulus und Bärbel Röben.

Als Vertreter der Abteilungen und Arbeitsgemeinschaften sind durch die Kreisdelegierten in den Kreisvorstand gewählt: Erik Gührs (Abt. 1), Rainer Wiebusch (Abt. 2), Reimund Peter (Abt. 3), Birgit Monteiro (Abt. 4), Ole Kreins (Abt. 5), Katrin Söhnel (Abt. 6), Wolfgang Engels (AGS), Gabi Kind (AG 60 plus), Marianne Nedwed (AsF), Daniel Thiele (AfA) und Stefan Unger (Jusos).

Der BVV-Fraktionsvorsitzende Manfred Becker gehört dem Kreisvorstand kraft Amt stimmberechtigt an.

Teilnehmer des Kreisvorstandes sind kraft Amt Kerstin Beurich als Bezirksstadträtin, Andreas Köhler als Mitglied des Abgeordnetenhauses sowie Andreas Büchner. In der ersten Sitzung des Kreisvorstandes wurden

wie bereits in der vorherigen Wahlperiode Peter Müller (HoLi-Stimme) und Andre Gromoll (Internet-Beauftragter) in den Kreisvorstand kooperiert.

Neben den Wahlen zum Kreisvorstand beschlossen die Delegierten zahlreiche Anträge zu den Themen Einsatz in Afghanistan, Verlängerung der Stadtautobahn A 100, zur S-Bahn, Steuerfreibeträgen für den Mindestlohn, jährliche Anpassung der Grundsicherung an die Inflation sowie zum Erhalt der Schülerclubs.

Keine Mehrheit fanden Anträge zum einheitlichen Wahltag und zum Gehalt der Geschäftsführer landeseigener Unternehmen.

Aus Zeitgründen konnten Anträge zur virtuellen Beschwerdestelle, Frauenförderung in landeseigenen Betrieben, gleicher Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer, zur UN-Behinderrechtskonvention sowie zu Wildtieren in Zirkussen nicht mehr beraten werden. Die Beratung dieser Anträge wird auf der nächsten KDV am Samstag, 12. Juni, 9.30 Uhr im CSW, Landsberger Allee 225, 13055 Berlin nachgeholt.

Foto: Andreas Markus  
von links: Claudia Wiebusch, Henning Fahrenberg, Andreas Geisel, Karin Seidel-Kalmutzki, Gregor Költzsch

## Erfolgreiche Regionalkonferenz in Neu-Hohenschönhausen

Unter reger Bürgerbeteiligung hat die SPD Lichtenberg am 26. April eine Reihe von Regionalkonferenzen gestartet. Bei der ersten Veranstaltung im Heinrich-Grüber-Zentrum in Neu-Hohenschönhausen kamen etwa 50 Vertreter lokaler Vereine und Interessierte zusammen, um über die Ziele und Potentiale Hohenschönhausens zu debattieren. Moderiert wurde die Diskussion von Karin Seidel-Kalmutzki.

Im Mittelpunkt stand dabei zunächst die soziale Situation in Neu-Hohenschönhausen, zu der Andreas Geisel als Vertreter des Bezirksamts und Arvid Krüger als Kiezmanager im Welsekiez Auskunft gaben. Evelyn Ulrich (Verein für Ambulante Versorgung), Cornelia Adolf (Familienanlauf e.V.) und Stephan Neuss (Spik e.V.) berich-

teten von ihren Erfahrungen im Kiez und forderten eine bessere Vernetzung von Familien, Schulen, Vereinen und freien Trägern. Dem schloss sich Matthias Stawinoga (SC Berlin) an.

Wenngleich viele Anwesende das Problem der Sozialstruktur hervorhoben, wurden doch auch die Potentiale Hohenschönhausens deutlich gemacht. Karsten Heyer (Wirtschaftskreis Hohenschönhausen-Lichtenberg) und Rainer Wiebusch (Bürgerverein Hohenschönhausen/Förder- und Trägerverein Energiekompetenzzentrum Berlin Nordost) betonten die wirtschaftliche Attraktivität, die stärker in den Vordergrund gerückt werden müsse. Matthias Stawinoga und Rüdiger Schwarz unterstrichen die Bedeutung Hohenschönhausens als Sport- und

Kulturstandort. Marcel Gäding (Tierheim Berlin) erinnerte an die soziale Funktion des Tierheims Falkenberg, das durch seine überregionale Bekanntheit auch zum positiven Image Hohenschönhausens beitragen könne.

In seinem Schlusswort erklärte Erik Gührs, dass die SPD die Anregungen, aber auch die aufgetauchten Fragen aufnehmen und in ihr Kommunalwahlprogramm einfließen lassen werde.

Sowohl im Hinblick auf die Resonanz als auch auf die Ergebnisse verlief diese erste Regionalkonferenz durchweg positiv. Das zeigt, dass der Ansatz, die Bürgerinnen und Bürger vor Ort einzubinden, richtig ist und weiter verfolgt werden sollte.

Henning Fahrenberg

## AsF startet wieder durch

Am 24. März wählten die Frauen der Lichtenberger SPD ihren Vorstand. Wiedergewählt wurden Kerstin Beurich (Vorsitzende), Birgit Monteiro, Marianne Nedwed und Teodora Gionova-Busch (jeweils als Stellvertreterinnen). Neu hinzu kommt Sandy Kliemann als Schriftführerin. Wir danken an dieser Stelle ausdrücklich Renate Hofmeister, die bisher die Schriftführung wahrgenommen hatte.

Die Lichtenberger AsF konzentriert sich sachorientiert auf die Herausforderungen der beiden kommenden Jahre und setzte bereits in der Wahlversammlung zwei deutliche frauen- und gleichstellungspolitische Akzente.

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ lautet aus aktuellem Anlass die Forderung in Reaktion auf die fortdauernde Ungleichheit der Bezahlung von Männern und Frauen, die auch durch die AsF Lichtenberg nachdrücklich und wiederholt erhoben wird. In einem entsprechenden Antrag werden Maßnahmen angemahnt, dieser geschlechterungerechten Schieflage im Lohngefüge wirksam zu begegnen. Auch wenn die Antworten hier differenziert ausfallen werden, muss diese Forderung laut und hörbar vertreten werden.

Getreu dem Motto „Global denken,

lokal Handeln“ hatte die AsF hierzu bereits im Februar einen Brief an Lichtenberger Unternehmen geschrieben, in dem diese nach der Bezahlung von Frauen im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen, nach Frauen in Führungspositionen sowie zur Förderung von Frauen im Unternehmen befragt worden. Von immerhin drei Betrieben liegen hierzu bereits Antworten vor.

Ein weiterer Antrag zielt auf die Frauenförderung in Landesbetrieben. Hier scheint es im Vergleich der Bereiche des Berliner Öffentlichen Dienstes und der nachgeordneten Einrichtungen bzw. Landesbetriebe noch deutlichen Nachholbedarf zu geben, was die Förderung von Frauen und eine geschlechtergerechte Besetzung von Führungspositionen anbelangt. Auch hier packen wir ein gesellschaftliches Thema an konkreter lokal beeinflussbarer Stelle an. Berlin hat in puncto Gleichstellung von Frauen in den vergangenen Jahren bereits dazu gelernt (s. Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes). Wir wollen, dass Chancengleichheit von Frauen in allen Bereichen des Landes Berlin realisiert ist.

Mit solcher gleichstellungspolitischen Begleitmusik gehen wir Frauen optimistisch in eine neue Runde. Dass wir dabei Seite an Seite mit Euch SPD-Männern streiten, hat uns der

diesjährige 8. März wieder bewiesen. Besonders den beteiligten männlichen Genossen „Rosenkavalieren“ an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön für die vielen Hundert an Frauen verteilten Blüten – eine Geste der Aufmerksamkeit und des Respekts. Beides tut nicht nur den Beschenkten gut, es fördert auch sonst das Miteinander, auch in Parteien. Dass neben charmanten Gesten auch nüchterne Fakten zählen, versteht sich von selbst. In diesem Zusammenhang freut sich die AsF besonders, dass die Frauen des Kreisverbandes derzeit so gut aufgestellt sind, dass sowohl die KDV als auch der neue Kreisvorstand quotiert besetzt wurden. Dies sind die richtigen Signale, nach innen wie nach außen – machen wir weiter so!

Kerstin Beurich

## Europa zu Gast in Lichtenberg

Den Monat Mai nutzte die Abteilung 5 in einer öffentlichen Abteilungssitzung, um sich mit dem Thema Europäische Union und den Vertrag von Lissabon intensiv zu beschäftigen. Dazu war als Referentin die langjährige Abgeordnete des Europäischen Parlaments Sylvia-Yvonne Kaufmann zu Gast. Bei ihr und beim Moderator Henning Fahrenberg war deutlich zu spüren, wie sehr für beide das Thema Europa eine Herzensangelegenheit ist. So gab Henning Fahrenberg einen kleinen geschichtlichen Einstieg, welcher durch Sylvia-Yvonne Kaufmann fortgeführt wurde und schließlich im Vertrag von Lissabon endete, bei welchem sie mitwirkte und davon berichtete, aber auch zugab, dass einige Sätze in diesem Vertrag nicht ihr Wohlwollen verdienen. Dennoch bekräftigte sie, welche

Chancen und Verbesserungen in diesem Vertrag liegen und wieso sie persönlich dafür seit Jahren streitet und diskutiert. Es wurde in dem Gespräch einmal mehr deutlich, welche Bedeutung die Europäische Union (EU) für uns alle hat.

Ob durch Investitionen der EU in Lichtenberg, Beispiele sind die Max-Taut-Aula und die Kiezspinne, aber auch durch Gesetze, etwa die Herabsetzung der Roaming-Gebühren für Telefonate innerhalb der EU, wird deutlich, wie sehr Europa uns alle betrifft. In den anschließenden Gesprächen stellte sich klar heraus, dass die Bürgerinnen und Bürger noch immer nicht gänzlich den Sinn und Zweck der EU erkennen und die Europapolitiker mehr zu deren Vermittlung beitragen müssen. Auch gerade durch die aktuelle Griechenland-Krise muss

durch Politik und Medien erreicht werden, dass die Bürgerinnen und Bürger besser verstehen, wieso bestimmte Handlungen durch die Politik notwendig und unumgänglich sind. Deutlich wurde an diesem Abend, dass viele Kritikpunkte an der EU zu Unrecht vorhanden sind. Es war und ist notwendig, sich für ein gemeinsames Europäisches Haus einzusetzen. Europa geht uns alle an und durch die künftigen europäischen Bürgerinitiativen können wir alle noch mehr daran mitwirken und mehr über Europa und die EU zu informieren. Auch darin liegt die Aufgabe der Politik hier in Deutschland und solche Abende mit Europapolitikern sind dafür ein wichtiger Schritt.

Kevin Hönicke

## Die letzte Krise

Die Banken- und Finanzmarktkrise ist derzeit in aller Munde. Da stellt sich dem geneigten Leser die Frage, was ist eine Krise? Welche Ursachen hat sie? Und ist es wirklich nur eine Krise der Banken und Finanzmärkte, wenn diese auch Staaten, wie Griechenland, Portugal und Spanien trifft? Bei einer Krise ist der Verlust von Regelvertrauen ursächlich und kennzeichnend. Der Vertrauensverlust in die als allgemein gültig anerkannten Regeln des menschlichen Verhaltens, die Regeln der Märkte sowie die völkerrechtlichen Regeln können zum Gegenstand einer Krise werden.

Ich denke, dass es sich derzeit nicht um eine Krise im System handelt sondern um eine Krise des Systems selbst. Man möge mir Dummheit oder Ideologie unterstellen, aber eine andere Begrifflichkeit zu finden, die die globale Wirtschaftsordnung besser kennzeichnet, als den Begriff des Kapitalismus, ist in Hinblick auf die vielen unterschiedlichen Marktordnungen der Nationalstaaten schwierig. Ich verwende ihn deshalb. Der Kapitalismus ist - zum wiederholten Male - in einer Krise. Die letzten Krisenjahre entstanden durch den Ölpreisschock in den siebziger Jahren, aber auch die Krise der Weltwirtschaft, die die industrialisierte Welt 1929 getroffen hat. Letztere führte in

vielen Teilen der Welt zu Diktaturen und in Deutschland direkt in den Hitlerfaschismus. Die Aufzählung kleinerer und größerer Krisen des ökonomischen Systems ließe sich je nach Blickwinkel der Analyse auf Arbeitslosigkeit, Konsumverhalten, Spar- und Verschuldungsquoten, Staatsbankrotte, Wohlstandsverteilung, Hunger und Versorgungskrisen in der 3. Welt verlängern. Diese Krisen sind global. Und weil diese Krisen global und grundsätzlich sind, müssen auch globale und grundsätzliche Lösungsansätze her, sonst ist die derzeitige Krise nicht die letzte Krise gewesen.

Handelt es sich bei der Krise um das Versagen von Individuen? Liegt die Krise in der Gier der Manager und Vorstände? Oder muss man feststellen, dass auch nach Austausch der Handelnden die zu einer Krise führenden Prozesse gleich sind? Lange Zeit galt es als modern, dass der Staat sein Tafelsilber „zu Geld macht“, um seine strukturelle Finanzierungsschwäche kurzzeitig auszugleichen. Der Verkauf von Unternehmen der Daseinsfürsorge (z.B. Wohnungen, Wasser und Strom) gilt als Beleg für die Scheu vor höheren Unternehmenssteuern und den Rückzug des Staates. Lange Zeit galt es als schick, wenn sich nicht nur der Staat zurückgezogen hat, sondern zudem die

Märkte deregulierte. Solche entgrenzten Märkte sind natürlich zum Nutzen der stärkeren Marktteilnehmer. Ergänzt wurde diese Entwicklung durch den Zwang zur Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und der Möglichkeit der Finanzjongleure, sich mit Leerverkäufen von Aktien, Rohstoffen und gar Lebensmitteln, immer höhere Gewinne zu erzielen. Der Staat und mit ihm die Menschen hatten den Einfluss auf das Wirken und Wandeln des Geldes verloren. Die Spekulanten spielen heute nicht mehr nur um Unternehmen, sondern auch mit Staaten und mit Rohstoffen, darunter auch Lebensmitteln. Das freut den Investor, schafft aber direkt Hunger in der Welt.

Wenn wir den entgrenzten Märkten nun weltweit gemeinsam neue Regeln geben und diese Regeln durchsetzen, dann schaffen wir einen Rahmen in dem sich der Markt bewegen kann. Damit können wir das längst verlorengegangene Primat der Politik zurückgewinnen und vielleicht auch das Kapital endlich sozial verpflichten. Eine Finanztransaktionssteuer wäre hier ein guter Anfang.

Ole Kreins

## Wölfe im Schafspelz - die NPD in der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg

Unter diesem Titel lud die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Lichtenberg am 3. Mai in die KULTSchule an der Sewanstraße. Die Eröffnung der Veranstaltung erfolgte durch den Fraktionsvorsitzenden Manfred Becker mit den Worten: „Die NPD zeigt sich in der Bezirksverordnetenversammlung auch ohne Schafspelz!“ Die rege Beteiligung durch Bürgerinnen und Bürger, Verbänden und anderen Parteien, unterstrich die Bedeutung dieses Themas für Lichtenberg. Diese lauschten zuerst Ole Kreins (Mitglied der SPD-Fraktion), Annika Eckel (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus) und Eva Prausner (Licht Blicke – Netzwerk für Demokratie und Toleranz) und kamen anschließend selbst zu Wort.

Ole Kreins informierte über die Arbeit und das Auftreten der NPD in der BVV, aber auch über das gemeinsame Vorgehen der Parteien in der BVV nach der Wahl 2005. So kam es beispielsweise dazu, dass die Anzahl der Ausschüsse begrenzt wurde, so dass kein Ausschuss durch die NPD geführt wird. Aber auch ein geschlossenes Ablehnen der Anträge der NPD durch alle demokratischen Parteien ist genauso üblich, wie dass nur ein Vertreter der demokratischen Parteien gegen die Anträge der NPD spricht. Es solle nicht zu einem Überbieten im Kampf gegen Rechtsextremismus innerhalb der BVV kommen, so Ole Kreins. Dennoch hat gerade Jörg Hänel (Mitglied der NPD-Fraktion) durch Wortbeiträge in der BVV mehrere Strafanzeigen provoziert. Die NPD forderte in ihren Anträgen, dass es getrennte Schulen für Deutsche und Ausländer geben solle, aber auch dass die Migrationsbeauf-



tragte in Ausländerrückführungsbeauftragte umbenannt werde. Annika Eckel informierte über das mittlerweile professionellere Auftreten der NPD und dass es immer wieder dazu kommt, dass gleiche Anträge in den unterschiedlichsten BVVn, in welchen die NPD vertreten ist, gestellt werden. Dies zeigt, dass diese von „oben gesteuert“ wird und Kommunalpolitik anders versteht als Parteien wie die SPD.

Eva Prausner warb dafür, dass nicht nur die Parteien sich der NPD in den Weg stellen sollten, sondern es zu Recht viele Initiativen und Vereine gäbe, welche sich gegen Rechte zur Wehr setzen und Aufklärungsarbeit aber auch Argumentationstraining liefern. Orten wie Schulen, Sportvereinen und Nachbarschaftszentren komme hier eine besondere Bedeutung zu. Überdies betonte sie, dass ein wichtiger Bestandteil ihrer Arbeit daran liege, Familien zu unterstützen, welche sich mit Rechtsextremismus und rechten Gedankengut in ihrer eigenen Familien auseinandersetzen müssen. Daran anschließend

gab Andreas Wächter als Koordinator der Fördermittel des Programmes „Vielfalt und Toleranz“ im Bezirk einen Überblick über die einzelnen Aktionen und erwähnte dabei, dass Lichtenberg mittlerweile vier Jahre Förderungen durch das Bundesprogramm erhalte, welches einen Schwerpunkt auf eine längerfristige und vor allem nachhaltige Wirkung legt. In der Diskussion wurde betont, dass in der Debatte um Rechtsextremismus in Lichtenberg nicht nur der Weitlingkiez in den Mittelpunkt gestellt werden solle, sondern auch andere Gebiete. Des Weiteren wurde gefragt, wie sich die NPD finanziere und wie Bürgerinnen und Bürger vor Provokationen durch Anhänger der NPD in der BVV geschützt werden können.

Erik Gührs, Moderator des Abends und stellvertretender Fraktionsvorsitzender, fasste in seinem Schlusswort den Abend zusammen und nahm das Angebot dankend entgegen, diese Veranstaltung in anderen Teilen Lichtenbergs zu wiederholen.

Kevin Hönicke

### Impressum

Holi-Stimme (Mitgliederzeitung)

Herausgeber: SPD Lichtenberg, Rathausstr. 7, 10367 Berlin

Tel. 9760 6730, Fax 9760 4664

E-Mail [info@spd-lichtenberg.de](mailto:info@spd-lichtenberg.de), Homepage [www.spd-lichtenberg.de/holi-stimme](http://www.spd-lichtenberg.de/holi-stimme)

v.i.S.d.P.: Andreas Geisel (Kreisvorsitzender)

Redaktion: Peter Müller, Andreas Büchner, Henning Fahrenberg

## Trauer um Günter Richlitzki (02.07.1929-15.04.2010)



Wir trauern um Günter Richlitzki, Sozialdemokrat seit März 1948, bis zur Auflösung der Ostberliner SPD-Kreise im Jahr 1961 im Friedrichshain, nach 1989 in der Lichtenber-

ger SPD aktiv. Außerordentlich engagiert war Günter Richlitzki. Und ein Freund klarer Worte und radikaler Zuspitzung. Im August 1961 stand er, der langjährige Abteilungsvorsitzende und stellvertretende Friedrichshainer Kreisvorsitzende in der Verantwortung, das Kreisbüro der SPD aufzulösen. Schwer fiel ihm das. Und zugleich wusste er: „Die Einstellung der Arbeit in Ostberlin mit der Entlassung der Mitglieder aus allen Rechten und Pflichten gegenüber der Partei war die einzige Möglichkeit, um unsere Mitglieder zu schützen. Wer das immer noch nicht begriffen hat, ist einfach dumm.“ Seine Erfahrungen mit der SED in dieser Zeit begründeten seine lebenslange Ablehnung von Regierungsbündnissen zwischen SPD und Linkspartei. Wütende Briefe schrieb er an alle, die solche Bündnisse nicht ausschließen wollten, an An-

drea Ypsilanti genauso wie an manche Parteivorsitzende und Verantwortungsträger. Trotz einiger Enttäuschungen hielt er der SPD die Treue und prägte mit seiner Lebendigkeit und Polemik bis in den März dieses Jahres die Arbeit unserer Abteilung 4. Er wird uns sehr fehlen.

Noch auf unserer Mitgliederversammlung am 23.03.10 diskutierte der Achtzigjährige engagiert Fragen unseres Leitbildes. Wir erinnern uns an unseren ehemaligen Schriftführer und den Experten für Satzungsfragen, an den Förderer der Kinder- und Jugendarbeit, der mit Sach- und Geldspenden u. a. den Schülerclub „Lichtpunkt“ unterstützte. Wir erinnern uns an den Rezipienten und an einen besonders engagierten Nachbarn. Günter Richlitzki und seine kritischen Kommentare werden uns fehlen.

Birgit Monteiro

## Ehrung am Stolperstein Willy Klüsener

Am 26.04.2010 wurde im Beisein von Dr. Rainer Sandvoss von der Gedenkstätte des Deutschen Widerstandes der von Kathrin Söhnel und Gerry Tannen gestiftete Stolperstein zu Ehren Willy Klüseners eingeweiht. Willi Klüsener war SPD-Stadtrat in Lichtenberg und bekam 1933 Berufsverbot. Danach schlug er sich als Beredigungsredner durch. Diese Reden nutzte er zum antifaschistischen Kampf. Das kostete ihm am 26.04.1945 das Leben. Kathrin Söhnel ehrte Willi Klüsener u.a. mit folgenden Worten:

„Was bewegte Frauen und Männer, ihre sozialen Status, Sicherheit, Gesundheit und letztlich ihr Leben und oft auch das ihrer Familien und Lieben für ihre Überzeugung zu riskieren? Dafür einsam und isoliert von der übrigen Welt zu sein und nicht zu wissen, ob und wann sich ihre Träume jemals erfüllen werden?

Wie schwer ist es heute, aufrecht zu sein und für Gerechtigkeit einzutreten? Ist man heute bereit, seine persönliche Ruhe, berufliche Karriere und soziale Sicherheit für politische Überzeugungen ernsthaft zu riskieren? Zu einer Zeit, wo politische Funktionen an sich ein Karriereziel sind?



Schafft man es, allein gegen einen Strom zu schwimmen, um der eigenen Überzeugung willen? Wie kann man sicher sein, in der heutigen Medienwelt zu erkennen, was richtig oder falsch ist? Jeder weiß, wie schwer es ist, zwischen Losungen und Propaganda die Wahrheiten zu erkennen. Und noch schwerer, für diese dann auch einzustehen.

Nicht vergessen sollten wir, dass auch in unserer Zeit und auch in den sogenannten Zivilgesellschaften Menschen für ihre Überzeugung ermordet werden. Stellvertretend für viele denke ich an Anna Politkowskaja und Nastalja Estemirowa. Sie waren

russische Journalistinnen im Kampf für die Wahrheit im Tschetschenienkrieg. Ich denke an Hrant Dink, Journalist, Armenier und türkischer Staatsbürger, der sich für das Bekenntnis der Türkei zum Völkermord an der armenischen Bevölkerung einsetzte, an die Opfer von Stalinismus und Diktaturen in Osteuropa, an die mutigen Dissidenten in China und an die politischen Häftlinge in den Diktaturen dieser Welt, an die vielen Helden der grünen Revolution im Iran. Indem wir ihrer aller gedenken, ehren wir auch Willi Klüsener.“

Gerry Tannen

## Putztag in Karlshorst

Am 24. April fand in Karlshorst der jährliche traditionelle Frühjahrsputz statt. Unter Organisation des Bürgervereins Karlshorst ist es seit Jahren Tradition und Ehrensache, dass die Abteilung 6 mit einem Team daran teilnimmt. In diesem Jahr drohte diese Tradition unterbrochen zu werden, da für den selben Tag die KDV angesetzt war. Nach einem Hilferuf kam uns der Kreisvorstand soweit entgegen, dass die KDV nach Karlshorst verlegt wurde und später begann. Wir danken Kreisvorstand und allen Delegierten für Ihre freundschaftliche Geste! So konnten wir doch noch zum Put-

zen mit einem tatkräftigen Team, auch mit Andreas Geisel und Dr. Andreas Köhler antreten und haben in den zwei uns zur Verfügung stehenden Stunden ein gutes Stück unseres Kiezes vom Unrat befreit. Unser Einsatz wurde vom Bürgerverein lobend zur Kenntnis genommen.

Wir Karlshorster können Euch nur empfehlen, auch in Euren Stadtgebieten an solchen Einsätzen mitzuwirken, wenn nicht gar diese mitzuorganisieren. Die Durchführung von Konferenzen, Infoständen, Diskussionen ist wichtig, genauso wichtig ist es aber auch, mal die Ärmel hochzukrempeln und gemeinsam mit den

Bürgern mit den eigenen Händen am kinder- und familienfreundlichen Lichtenberg praktisch Hand anzulegen. Dabei ergibt sich manches vertrautes Gespräch mit Nachbarn, Vertretern von Vereinen, anderen Parteien.

Außerdem macht es Spaß, mit den eigenen Genossen in einer anderen und lockeren Atmosphäre zu arbeiten. Nicht nur eine Bratwurst und ein anschließendes Bier, welches unsere Abteilung in diesem Jahr an andere Teilnehmer gespendet hat, sind der Lohn dieses Einsatzes.

Kathrin Söhnel

## Wir sind jung und brauchen das Geld

Während unser aller Vizekanzler und Außenminister über Hartz IV redet und über faule Arbeitslose meckert, erschien der siebte Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW), welcher ein weiterhin hohes Armutsrisiko in Deutschland aufzeigt. Von Armut betroffen und gefährdet sind dabei vor allem junge Menschen. Während Herr Westerwelle von „spätromischer Dekadenz“ redet, zeigt der Bericht des DIW, dass es „eine deutlich höhere relative Einkommensarmut als noch vor zehn Jahren“ gibt. ([1], Seite 2) „Rund 11,5 Millionen Menschen lagen mit ihrem verfügbaren Einkommen unter der nach EU-Vorgaben definierten Armutsrisikoschwelle – dies entspricht rund 14 % der Gesamtbevölkerung.“ (ebd.) Hierbei stellt der Bericht klar, dass vor allem Haushalte mit Kindern und jungen Erwachsenen besonders gefährdet seien und „Alleinerziehende mit Kindern im Alter bis zu drei Jahren einem weit überdurchschnittlichen Armutsrisiko von mehr als 50 Prozent“ unterliegen. (ebd.) In unserer Gesellschaft sind demnach vor allem junge Menschen und Alleinerziehende, was zum größten Teil Frauen sind, von Armut betroffen. Am wenigsten gefährdet von Armut sind nach dem Bericht Menschen im Alter von 46 bis 55 Jahren und für Rentner ist Armut kein aktuelles Problem (vgl. [1], Seite 3). Jedoch wird „Altersarmut in Zukunft vor allem in Ostdeutschland wieder eine

größere Rolle spielen.“ (ebd.) Was erschreckend für die neuen Bundesländer ist, ist die Tatsache, dass die Armutsrisikoquote in allen Beobachtungsjahren über den Wert von Westdeutschland lag. Somit ist gerade der Osten stärker (um 6 Prozentpunkte über den Vergleichswert für Westdeutschland im Bezug auf die Armutsrisikoquote) von Armut betroffen. Dies liege an der höheren Arbeitslosigkeit und dass „die Chancen alternative Einkommensquellen zur Deckung des Lebensbedarf heranzuziehen“ im Osten viel geringer seien.

Gerade in einem Bezirk wie Lichtenberg, in welchem viele junge Menschen und Familien wohnen und leben, sollte dieser Bericht mit großer Sorge gelesen werden. Deshalb sollten wir als SPD uns Maßnahmen überlegen, wie dieser Trend gestoppt und umgekehrt werden kann. Somit besetzen wir zu Recht das Thema „Soziale Stadt“. Wir müssen die Ausbildung des Niedriglohnssektors und prekäre Beschäftigungsverhältnisse stoppen. Eine Einführung eines Mindestlohns ist genauso notwendig, wie die Neugestaltung unseres Sozialstaates, welcher für Menschen da ist und nicht, wie es Herr Westerwelle macht, Menschen, welche Hilfe benötigen, abstempelt als nutzlos und faul. In einem Staat wie unseren, in welchem sich die Gesellschaft durch Arbeit definiert, ist es für die meisten eine Qual Arbeitslos zu sein. Daher sollten wir neu überdenken, wie wir Menschen, welche in die Arbeitslosig-

keit geraten, besser aus dieser heraushelfen und wie wir es verhindern können, Alleinerziehende in die Armut steuern zu lassen.

Vielleicht hat Guido Westerwelle vergessen, dass er Vizekanzler aller Deutschen ist, dass er ein gewählter Vertreter von Starken und Schwachen, Armen und Reichen, aber auch von Arbeitssuchenden und Arbeitnehmern ist. Doch solange solche (Un-)Menschen regieren, müssen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in unserem Land zeigen, welche Alternativen es gibt und wie ein gerechtes und soziales Leben in Deutschland weiterhin ermöglicht werden kann. Dazu brauchen wir keinen Herr Westerwelle, dazu brauchen wir aber eine starke Sozialdemokratie. Dies gilt es deutlich zu machen, dass die SPD - als Volkspartei - alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland vertritt und nicht nur einzelne Klientele. Nur weil Einzelne etwas falsch machen, können wir nicht alle dafür verantwortlich machen. Es gibt auch Politiker, die untragbar sind, doch deswegen schaffen wir die Demokratie nicht ab. Wir sollten den Menschen eher zeigen, dass sich die Politik in einer Demokratie, wie unsere, sich für jeden Menschen einsetzt, wenn er Hilfe braucht und dabei können wir auf Politiker wie Westerwelle verzichten.

Quelle: [1] Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 7/2010

Kevin Hönicke